

Der Staat ohne Eigenschaften

Thema dieses Aufsatzes ist die gesellschaftliche Krise, die das "reiche" Luxemburg derzeit durchmacht. Diese Krise will von den Entscheidungsträgern und Meinungsbildern im traditionellen gesellschaftlichen Gefüge nicht wahrgenommen werden. Et pour cause! Sie stecken mitten drin, wenn sie nicht gar dafür verantwortlich sind.

So läßt es sich wohl erklären, daß die Redaktion des "Lëtzeburger Land", für dessen Essay-Rubrik der hier abgedruckte Text ursprünglich bestimmt war, den Aufsatz in dieser Form nicht veröffentlichen wollte. Der Autor hat dies nicht als eine bewußte Zensur empfunden, eher als eine unbewußte Verdrängung jenes Zusammenhanges, den er zur Diskussion stellen will.

Trotz seines apodiktischen Stils geht es ihm nicht darum, recht zu haben oder recht zu behalten. Er will eher eine Auseinandersetzung um das gesellschaftliche Unbehagen auslösen, aus der heraus die Konfigurationen der jetzigen Umbruchszeit auf einen funktionellen Nenner gebracht werden sollen. Denn mit der für gesellschaftliche Ausgrenzungen blinden Wachstumsideologie, die bei den Entscheidungsträgern im Land ausschlaggebend ist, läßt sich auf die Dauer kein Staat verwalten. Das politische Handeln kann nicht ohne eine funktionelle Begrifflichkeit, die sich aus der unverblühten Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer potentiellen Konflikte ergibt, auskommen. Oder es werden die Wirklichkeit und ihre Konflikte sich an der "Politik" rächen.

Streikaufruf als Kurzschuß?

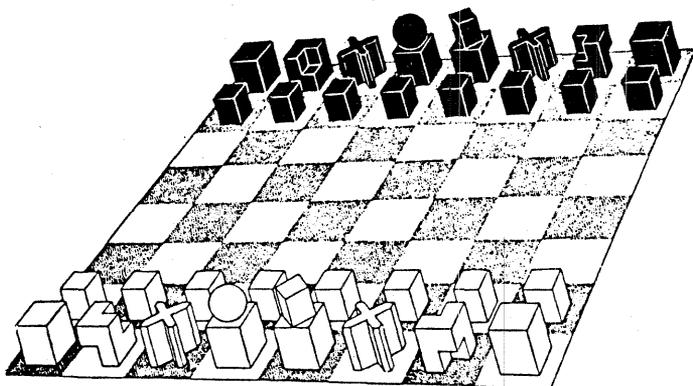
Seit letztem April hatte der OGB-L mit einem Generalstreik für den 9. Oktober gedroht. Ein halbes Jahr oder fast hatte er der Regierung Zeit gelassen, damit sie den Forderungen der größten freien Gewerkschaft entgegenkomme. Am 25. September beschloß die OGB-L-Führung nach einigen Zusammenkünften mit der Regierungsseite, ihre Ziele im wesentlichen erreicht zu haben, und blies den geplanten Streik ab. Es ist nicht wichtig, ob dies für den OGB-L ein Sieg oder eine Niederlage ist. Wichtiger ist es, zu verstehen, warum er so gehandelt hat, weil seine Handlungsweise viel aussagt über eine gewisse, und das ist gelinde gesagt, Desorientierung der politischen und gewerkschaftlichen Akteure in Luxemburg.

Von Anfang an waren die Motivationen des OGB-L alles andere als kohärent vermittelt worden. In seinen Reden vor den Militanten kam John Castegnaro immer wieder darauf zurück, daß seine Gewerkschaft nicht ausreichend zu den großen anstehenden Fragen, sprich Rentenreform, Steuerreform, Reform des Gesundheitswesens, Schulreform, Wohnungsbau, usw., konsultiert worden sei. Der Wirtschafts- und Sozialrat habe die Berufskammern als Konsultationsorgan übertrumpft. Die Meinung seiner Gewerkschaft scheinere nicht mehr gefragt.

Auch jetzt, nach der sogenannten Aufschiebung des Generalstreiks, scheint dessen Ankündigung vielen eine Kurzschußreaktion eines Gewerkschaftsapparates zu sein, der die Interessen seiner Mitglieder nicht mehr auf einen Nenner zu bringen vermag, und daher zu aggressiven Schachzügen neigt, um seinen

" Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich verändert. Habe ich mich deutlich ausgedrückt?"

**Tomasi de Lampedusa,
Der Leopard**



schrumpfenden Spielraum zu vergrößern. Das mag durchaus zutreffen. Es entkräftet aber nicht den gerechtfertigten Anspruch auf eine breitere öffentliche Diskussion über die anstehenden Reformen. Diese Diskussion wäre allein schon deswegen interessant, weil sie klären müßte, ob die geplanten Reformen die richtige Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel in Luxemburg sind.

Allerdings ist der OGB-L diese Diskussion auf eine Art angegangen, die weder die innere Geschlossenheit der Gewerkschaft stärken noch deren Einfluß nach außen vermehren wird. Die lapsusartigen Rundumschläge gegen den öffentlichen Dienst, gegen die Mittelverdiener, gegen die lohnabhängigen Akademiker, die diffus als schuldhaftige Nutznießer gesehen werden, und dies alles, obschon junge Aufsteiger von der Sozialpolitik des OGB-L und seiner Vorgänger die Chance für ihren Aufstieg erhalten haben und eine große Zahl bei ihm organisiert sind, haben in diesen Kreisen für böses Blut gesorgt. Immer weniger Leute erkennen sich dort im Gebaren und in der Sprache der OGB-L-Führung wieder.

Anstatt die Brüche im sozialen Konsens, wie er in den 70er Jahren mit der Tripartite institutionalisiert wurde, aufzuzeigen, da diese Art von Konsens nicht mehr der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität entspricht, und auf einen neuen sozialen Vertrag mit neuen Brücken zwischen z.T. neuen Sozialpartnern hinzuarbeiten, hat der OGB-L sich in eine ouvrieristisch anmutende Festung verschanzt, gegen einen Teil seiner eigenen Mitglieder. Er hat als Organisation, die den Anspruch erhebt, fortschrittlich zu sein, rückschrittlich auf eine gesellschaftliche Anpassungskrise reagiert, die als solche nur wenigen unter den Meinungsbildern zu dämmern anfängt. Nicht der Generalstreikaufruf war ein Fehler, sondern Form und Inhalt, mit denen mobilisiert wurde.

Die Tripartite hat ausgedient

Die politischen Akteure, die seit den 70er Jahren den Ton angeben, spüren, daß der gesellschaftliche Umbruch nicht spurlos an ihnen vorüber gehen wird. Die einen setzen auf verharmlosende Konsolidierung, wie Santer, andere auf Restauration in Sachen Familie und Religion, wie Fischbach und Juncker,

oder sie treten im Dienst des sakrosankten Dienstleistungssektors eine Flucht ins Meer an, wie Goebbels, oder in die ultraliberale Isolation wie die DP, oder sie handhaben sozialen Zündstoff auf eine so fahrig Weise, wie Castegnaro, daß Bomben zu Knallfröschen werden. Diese extremen Verhaltensweisen sind typisch für Entscheidungsträger, die politisch bestenfalls nur noch improvisieren, wenn sie sich nicht in alte Leiern verbohrt haben. Wer jahrelang jede politische Diskussion über die gesellschaftliche Realität des Landes vermieden hat, weil er es zuletzt doch nur nach seinen Wachstumsraten und Lohnerhöhungen abgeschätzt hat, muß jetzt den Preis für das Fehlen einer globalen Sicht der Wirklichkeit mit Fehlschlüssen und Kurzschlüssen zahlen.

Denn im Lande Luxemburg ist vieles anders geworden, und das nicht nur in den Erfolgsstatistiken. Es wäre daher falsch, sich auf einen dauerhaften sozialen Frieden einzustellen, wenn sich in der Politik und Sozialpartnerschaft nicht etwas tut. Das Krisenmanagement, wie es zur Zeit der Stahlkrise zustande gekommen war, hat ausgedient, denn mehrere Faktoren spielen keine Rolle mehr in der heutigen, durch den wirtschaftlichen Umbruch provozierten Anpassungskrise. Die Umstrukturierung des Stahlsektors und die damit zusammenhängenden Sozialpläne hatten durchgeführt werden können, weil Patronat, Gewerkschaften, Staat und das Dreiparteiensystem schon mehrere Male zuvor in Führung gekommen waren, die Tripartite mit zuverlässigen, aufeinander abgerichteten Partnern funktionierte, die Parteien, als noch nicht krisengebeutelte Organisationen mit relativ klar definierbaren Vertreterfunktionen dieser Art von sozialem Konsens ihren politischen Segen gaben. Jeder erfüllte, in einem damals richtig verstandenen gemeinsamen Interesse, seine Rolle. Das Patronat war das Patronat, die Gewerkschaft die Arbeiterschaft, der Staat Vermittler, die CSV war als Volkspartei politisch noch ein klassenübergreifender Beschwichtigungsfaktor, die DP vertrat das Management und den Mittelbau mit weniger Arroganz als heute, die LSAP war noch eine Arbeiterpartei, die im am meisten betroffenen Süden klar hegemonisch war und die Maßnahmen der Tripartite zu vermitteln verstand.

Die jetzige Krise ist nicht die Krise eines Wirtschaftssektors, es ist eine gesellschaftliche Anpassungskrise, die aus der Blüte des Finanzsektors entstanden ist. Die jetzige Krise spielt sich in einer verwandelten Gesellschaft ab,

- in der die Entscheidungsträger der verschiedenen betroffenen Parteien, die zahlreicher geworden sind, sich nicht mehr unbedingt kennen,
- in der die Ursachen der Krise, gar ihre Existenz den Entscheidungsträgern alles andere als klar ist,
- in der ein wichtiges Patronat, das des Finanzsektors, als Patronat noch nicht genügend in den sozialen Dialog in Luxemburg eingespannt worden ist,
- in der die Gewerkschaften mit breitgefächerter Basis die Interessen ihrer sich selbst immer weniger engagierenden Mitglieder nicht mehr unter einen Hut bringen, wo also das Arbeitnehmervertreterprinzip in der Praxis nicht mehr unbedingt eingelöst werden kann, geschweige denn die innere Demokratie

Die jetzige Krise ist nicht die Krise eines Wirtschaftssektors, es ist eine gesellschaftliche Anpassungskrise, die aus der Blüte des Finanzsektors entstanden ist.

- in der das politische Dreiparteiensystem mit Parteien, die bisher eine relative Vertreterfunktion ausübten, nicht mehr in der Art wie zur Zeit der Stahlkrise funktionieren kann, weil neue soziale Schichten das soziale Spektrum verändert haben und Vertretungsprobleme und Identitätskrisen in den verschiedenen Parteien ausgelöst haben.

Die Wahlerfolge der 5/6-Partei und der programmatisch und personell recht schwachen Grünen sind zusätzliche Zeichen dafür, daß sich in der Gesellschaft zentrifugale Tendenzen bilden, die sich nicht mehr im Dreiparteiensystem zurecht gefunden haben und aus ihm ausgebrochen sind, ohne allerdings aus den Formen des alten sozialen Dialogs auszubrechen.

Die gesellschaftliche Anpassungskrise

Wie kann man es eigentlich im reichen Luxemburg wagen, von einer gesellschaftlichen Krise zu schreiben, wo es doch allen so gut geht? Nun, die sonderbaren politischen Züge, die wir seit dem Anlaufen der Legislatur beobachten konnten, weisen alle darauf hin, daß es den Entscheidungsträgern bei allem Optimismus nicht so wohl zumute ist, da auch sie zumindest merken, daß verschiedene soziale Trennungslinien zusehends schärfer gezogen werden.

Soziale und politische Trennungslinien haben in Luxemburg schon immer bestanden, aber nach den Sozialreformen des Jahres 1936 und dem Referendum über das Maulkorbgesetz 1937 war es allen Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften klar, daß kein Gegenüber ins endgültige Abseits gedrückt werden könnte, und daß alle Versuche und Entwicklungen in solch eine Richtung unterbunden werden müßten. Man integrierte die sozialen Trennungslinien in ein System des gesellschaftlichen Ausgleichs: die oben ließen die unten leben; sie bereicherten sich eifrig, ohne jene, die für sie arbeiteten, um Wohnung, Ferien, steigenden Konsum, Ausbildung und Aufstiegsmöglichkeiten zu bringen. Alles in allem war das Patronat des Stahlsektors viel sozialer als das Bankpatronat 1990.

Damit soll nichts idealisiert werden. Provokationen von seiten des Patronats, politische Blockierungsmomente durch die Christlich-Sozialen, reformerische Phasen unter dem Impuls der Sozialisten haben in den letzten 50 Jahren oft genug zu harten Konfliktsituationen geführt. Aber letzten Endes fand man einen Weg aus dem Konflikt, der für alle tragbar war. Die meisten der fälligen Reformen wurden durchgeführt und vom Gegner respektiert. Also nicht nur goldener Mittelweg!

Die Zeit nach einem Konflikt war der soziale Frieden. Weil dieser Dialog aufeinander abgerichteter Parteien sich wiederholte und besonders während der Stahlkrise bewährte, die in allen andern Stahlrevieren sozial katastrophale Folgen zeitigte, fing man damit an, den sozialen Frieden für eine garantierte Konstante der Luxemburger Situation zu halten und damit zu werben. Die Tripartite mit ihrem abgeschlossenen Kreis von Sozialpartnern wandelte sich

zur Institution, die jetzt maßgeblich zur Versteinerung des sozialen Dialogs und zur Verrückung zwischen politischem bzw. gewerkschaftlichem Diskurs und gesellschaftlicher Realität geführt hat.

Denn inzwischen haben mehrere Entwicklungen das soziale Spektrum verändert und damit auch die Bedingungen verändert, unter denen neue Formen der Sozialpartnerschaft entstehen müssen, die die sozialen Trennungslinien eines Landes integrieren, d.h. für alle Teile der Gesellschaft tragbar machen sollen.

Ein verändertes soziales Spektrum

Die Entwicklung, die das soziale Spektrum zutiefst modifiziert hat, ist die Expansion des Finanzsektors. Sie hängt zusammen mit der Einwanderung von hochqualifizierten Lohnabhängigen, die die überragende Mehrzahl der leitenden und mittleren Entscheidungsfunktionen im Banksektor besetzen. Diese hochqualifizierten Lohnabhängigen sind teils direkt dem Patronat zuzurechnen, aufgrund der leitenden Funktionen, die sie ausüben, teils dem Mittelstand, diesem sozial komplex wirkenden Bindeglied zwischen oben und unten in Wirtschaft und Gesellschaft. Diese zugewanderten Kräfte, deren Aufenthalt in Luxemburg für den einzelnen oft zeitlich begrenzt ist, sind als Gesamtheit als neue, langfristig verändernde Komponente zu betrachten.

Aufgrund des wirtschaftlichen Stellenwertes des Finanzsektors und seines Impakts auf die Raumnutzung in der Stadt und der Region Luxemburg kommt den leitenden Kräften der zugewanderten Kreditinstitute die Rolle eines Patronats zu, das in steigendem Maße dem Standort verpflichtet werden müßte, wenn man verhindern will, daß der soziale Dialog Lücken aufweist, was für die Struktur des Arbeitsmarktes, die Organisation und die Rechte der Arbeitnehmer sowie für die Raumnutzung schwere Folgen haben könnte.

Von der Verantwortung gegenüber dem Standort ist das Bankpatronat bis jetzt in einer unverantwortlichen Art und Weise von Staat und Gemeinde entbunden worden. Das Gewerbe durfte wild expandieren, sich in der Stadt konzentrieren, Wohnungsraum in Büroraum umfunktionieren, den Immobilienmarkt anheizen und jene Wohnungsnot auslösen, die die öffentliche Hand nicht sehen wollte. Die sozial negativen Folgen des Finanzbooms haben wir aber in erster Linie den von fetten Wachstumsraten hypnotisierten Politikern zu verdanken, die gebannt auf öffentliche Regulierungsmaßnahmen verzichtet haben, womit sie den Rahmen für diese Entwicklung absteckten.

Das heißt natürlich nicht, daß dieses von der Verantwortung entbundene Patronat seine Hände in Unschuld waschen kann. Die Banken überboten sich in ihrer eigenen konkurrenziellen Welt mit ihren Angeboten für Immobilien, mit ihren hohen Löhnen besonders im qualifizierten Mittelbau, mit den damit zusammenhängenden Anheuerungen und Abwerbungen, mit der Größe und Prägnanz ihrer Sitze. Damit aber schlugen sie nicht nur ihre Konkurrenten in der Bankbranche, die sich zu immer neuen Kon-

Von der Verantwortung gegenüber dem Standort ist das Bankpatronat bis jetzt in einer unverantwortlichen Art und Weise von Staat und Gemeinde entbunden worden.

**Das
mangelnde
Problembewußtsein
macht die
Verwechse-
lung
zwischen
Staatskasse
und Staats-
politik zum
Reflex.**

kurrenzkämpfen aufrappeln können. Sie verdrängten mit ihren hohen Liquiditäten auch eine weiter steigende Zahl der Klein- und Mittelverdiener vom durchschnittlichen Immobilienmarkt. Der war aber bis ca. 1984, und dies trotz der Konkurrenz der EG-Beamten, diesen sozialen Schichten zugänglich gewesen. Jetzt, wo die Kaufpreise für einige Großobjekte schon die Milliardengrenze überschritten haben, stecken auch viele EG-Beamten in der Breddouille und tragen ihr Körnchen zur Lobby jener bei, die das EG-Parlament von Luxemburg weghaben wollen.

Wohnungsnot und Deklassierung

Durch die tendenzielle Verdrängung der Klein- und Mittelverdiener vom Immobilienmarkt sind soziale Schichten, die im früheren sozialen Spektrum und dem damit verbundenen Dialog ihren Platz und ihre Ansprüche geltend machen konnten, um eine wesentliche Erwartung ärmer geworden. Dabei hängen die Wohnung und der soziale Status in jeder Gesellschaft eng zusammen. So komisch das auch klingen mag, so kann man in Luxemburg allmählich, und dies trotz der hohen und steigenden Normallöhne, von einer relativen Verarmung jener Schichten sprechen, die aus dem als gesellschaftliches Indiz stark relevanten Immobilienmarkt verdrängt worden sind und den Platz, den sie im alten sozialen Spektrum hatten, verloren haben. Von der Deklassierung sind die Arbeiter, die Angestellten des Handwerkssektors und vieler Klein- und Mittelbetriebe, die Beamten aller Karrieren, usw. betroffen. Die neuen "Gewinner" sind die Manager und der leitende Mittelbau der Banken sowie der um den Finanzsektor gravitierenden Dienstleistungsbetriebe.

Die dumpfen Deklassierungsgefühle, die aus dieser Verletzung der Grundregel des Luxemburger sozialen Habitus, nie jemanden gesellschaftlich an den Rand zu drücken, erwachsen, haben sich ihren Weg in die Politik und den sozialen Dialog gesucht.

Die Ausländerfeindlichkeit hat gerade in den oben genannten Schichten bei den Luxemburgern zugenommen. Das bestätigen nicht nur die 2-3% Nationalistenstimmen bei den Kammerwahlen, die nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Das geht auch aus der Aufschlüsselung einer Umfrage des SIRP durch die kritische Feder von Fernand Fehlen im letzten "forum" aus den Fachgesprächen, die im Rahmen der "Prognos"-Studie geführt wurden, heraus. Die EG-Beamten ebenso wie ausländische Benutzer unserer Ämter weisen immer öfter auf den Unterschied in der Behandlung von einheimischen und ausländischen Bürgern hin. Hier wird sich oft gerächt wegen des diffusen Gefühls, daß man nicht mehr das darstellt, was man früher darstellte, und daß man dagegen keine Hilfe von oben zu erwarten braucht. Im Kontext der erlebten Deklassierung und dem damit enttäuschten Wir-Gefühl schaffen fiktive Schuldzuweisungen das notwendige Feindbild, an dem sich a contrario aufgebaut wird. Die Kunde von den daraus erfolgenden schlechten Behandlungen

von Ausländern geht in deren gesellschaftliches Netzwerk über, das sich weiter abkapselt, und in dem die Luxemburger nicht beliebter werden.

Es bilden sich aber auch zwischen den Luxemburgern neue, sich einander Schuld zuweisende kollektive Referenzen. Der Korporatismus von Beamten und Privatbeamten (d.h. eigentlich Angestellten) ist ein solches nach innen gerichtetes System gegenseitiger Schuldzuweisungen, in denen der Staat, als Vermittler, aber auch als der große Schweiger über gesellschaftliche Wahrheiten und kostendämpfende Zwänge, dabei ist, seine Finanzen und die des Sozialnetzes aufzureiben. Er bezahlt mit seinen vorläufigen Überschüssen die gegenseitigen Schuldzuweisungen, anstatt sie abzubauen, indem er ihre Nichtigkeit oder gegebenenfalls Tatsache begründet zur Sprache brächte.

Geld, Verdrängung und Politik

Das Zahlen als Schweigegegeld für schwelende Konflikte ist überhaupt ein enormes Verdrängungsinstrument in der Politik und dem sozialen "Dialog" in Luxemburg geworden. Die Akteure der Politik haben keine Ideen, oder wenn sie welche haben, sind es solche wie die Meeresflagge, welche der Kontrolle des Staates vom Wesen her entgleiten muß, also den Staat substantiell schwächt, insofern eine praktisch rechtsfreie Dienstleistungsbranche aus der Taufe gehoben wird. Aber die meisten Politiker von rechts und links glauben felsenfest an die Allmacht des Geldes. Sie kaufen daher auch ihre Wahlkampagnen beim Werbeagenten wie ein x-beliebiges Produkt und ersparen sich damit die Anstrengung der zeitraubenden und nicht unbedingt direkt erträglichen Erörterung komplexer und wandelnder Probleme. Sie verkaufen die Wähler für dumm, aber sie selbst werden mit der Zeit auch dümmer als Verwalter eines Staates, zu dessen Autoritätsverlust sie beitragen. Das mangelnde Problembewußtsein macht die Verwechselung zwischen Staatskasse und Staatspolitik zum Reflex.

Das offenbart die Wohnungsbaupolitik sehr gut. Jahrelang wurden die Entscheidungsträger von den Problemen im Wohnungssektor unterrichtet und vor den sozialen Folgen dieser Entwicklung gewarnt. Ihre exklusive Fixierung auf die Erfolgsmeldungen in der Wirtschaft verschloß ihnen den Blick auf diese Problematik, die für sie, die Untergebrachten, etwas Anrüchiges hatte. Die Wörter "Baufrist", "Bauzwang", "Appartementshäuser", "Sozialwohnungen", "Requisition" und natürlich "Enteignung", alles gesetzlich abgedeckte Begriffe, mußten z.B. aus dem sozialistischen Sprachgebrauch gestrichen werden, weil sie abschreckend wirkten. Jetzt sind diese Begriffe gerechtfertigterweise sogar wesentliche Bestandteile der Spautzschenschen Wohnungspolitik, die endlich mit den nötigen Milliardenbeträgen für den Wohnungsbau operiert. Aber diese Milliarden müßten in solch panischem Maße nicht über das Staatsbudget finanziert werden, wenn Staat und Gemeinden schon vorher ihre Aufgabe erfüllt hätten und das Problem u.a. auch über die Städteplanung, in die sie auch die wirtschaftlichen Raumnutzer inte-

griert hätten, angegangen wären.

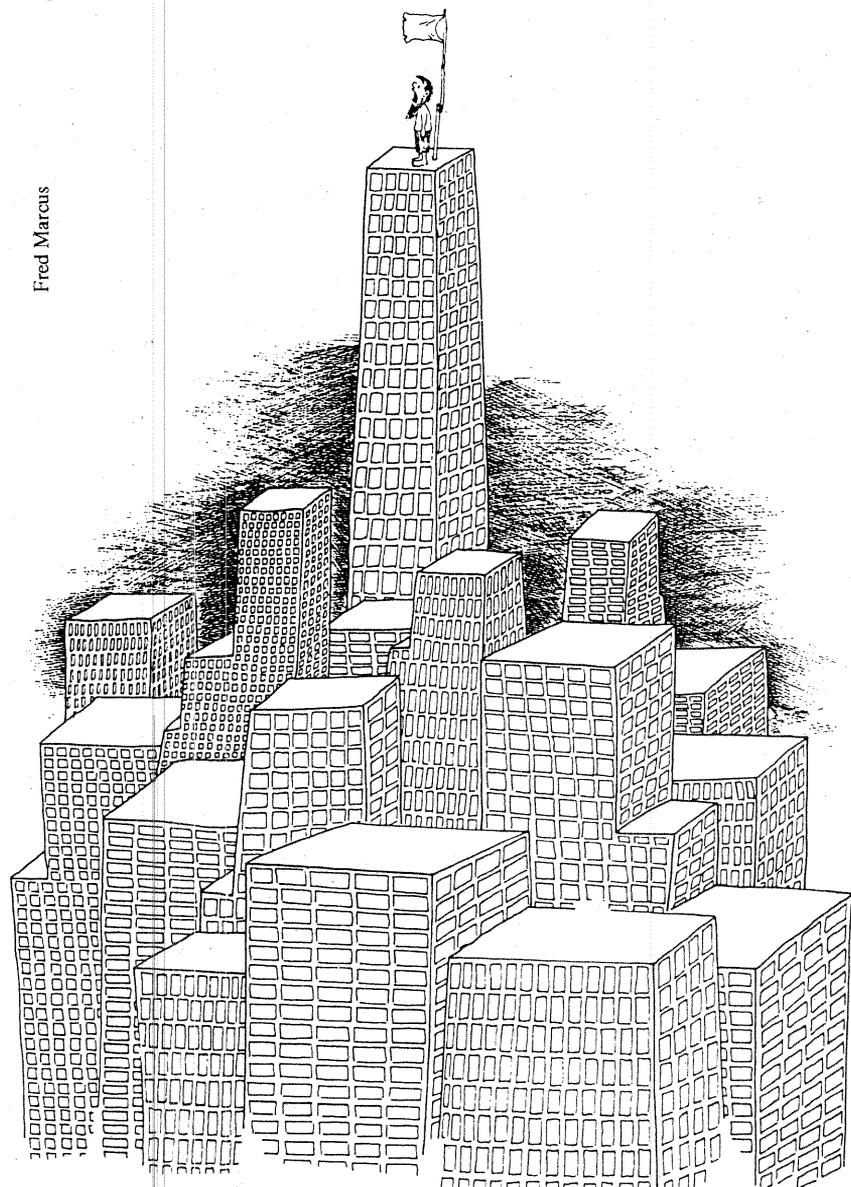
Das ewige Zahlen wird der Politik aber den Ausbruch ihrer latenten Krise nicht ersparen. Denn die Versäumnisse häufen sich. Einige wurden schon angeschnitten, andere, die mit unserer Wachstums- und Europapolitik, und mit dem Bild, das sich die Politik vom Europa der Bürger macht, zusammenhängen, werden nicht so oft angeschnitten. So läßt man eine Wirtschaft wachsen, die die Arbeitskraftreserven des Inlandes und der Zuwanderer längst erschöpft hat. In den letzten fünf Jahren wurde in steigendem Maße auf die Grenzgänger zurückgegriffen. Sie stellen mit 30.000 Aktiven allmählich fast ein Fünftel der Aktiven im ganzen Land. Unsere Wirtschaft hat einen menschlichen Impakt weit über die eigentlichen Staatsgrenzen, aber die Regeln der nationalen Buchführung operieren mit der Kategorie des Binnenmarktes, und deren Rechnungen decken sich nicht mit den wirtschaftlichen Nutzrechnungen des Grenzgängers und seines Arbeitgebers. Die an die Grenzgänger ausgezahlten Löhne werden mehrheitlich nicht bei uns verzehrt, und diesen Verlust werden die Steuereinnahmen nicht wettmachen, die mit dem Arbeitsverhältnis des Grenzgängers zusammenhängen. Auch müssen einmal Pensionen an Grenzgänger ausbezahlt werden, die noch weniger bei uns verzehrt werden. Auf menschlicher Ebenen, und das ist ein Faktor, den die Politik besser nicht verachten soll, denn er löst das Unkalkulable aus, das die politischen Kalküle durcheinanderbringt, baut sich zwischen dem "reichen" Luxemburg und den "armen" Grenzregionen ein Verhältnis auf, das ungesund ist. Man kommt nach Luxemburg, um zu arbeiten und Geld zu verdienen. Die Luxemburger Betriebe nutzen die Arbeitslosigkeit in den Grenzregionen in ihrer Lohnpolitik aus. Die Grenzgänger genießen in den Betrieben de facto weniger Rechte und Achtung als die in Luxemburg wohnenden Arbeitskräfte. Sie betrachten daher Arbeitsplatz und Arbeitsland eher als eine Gelegenheit, die voll ausgenutzt werden muß. Die Beziehungen zwischen denen von diesseits und jenseits der Grenze werden schroffer. Die staatlichen Grenzen fallen, die menschlichen bauen sich auf.

Auch hat Luxemburg einige seiner Probleme in die Grenzregionen exportiert. Die in Luxemburg arbeitenden Grenzgänger haben z.B. wegen ihrer immer noch besseren Löhnen im Vergleich mit denen ihrer Region zu einer Anspannung des Immobilienmarktes bei sich zuhause beigetragen. Wer der Sündenbock dort wird, ist klar: Luxemburg und die Luxemburger. Solche Beziehungen zwischen den Regionen, wo man sich gegenseitig Probleme langfristig schafft, indem man versucht, welche kurzfristig zu lösen, werfen die Notwendigkeit einer interregionalen Zusammenarbeit auf, die weit über das übliche und bürgerferne SAAR-LOR-LUX-Gefasel hinausgehen soll, z.B. in Richtung Export unseres Wachstums, mit allen nicht unbedingt negativen Folgen, die das für die nationale Buchführung haben kann. Europa soll nicht das Gefälle zwischen "armen" und "reichen" Regionen verstärken. Unserem winzigen Nationalstaat mit der Dimension einer Region müssen hier neue Formeln der regionalen Entwicklung einfallen.

Mehr Demokratie?

Dieses Postulat gilt auch für die Regelung der inneren Demokratie. Die europäischen Instanzen haben die Regierung wiederholt darauf hingewiesen, daß es nicht mehr tragbar sei, daß die ausländischen Arbeitnehmer sich nicht an den Wahlen für ihre Berufskammern beteiligen dürfen. Ähnliche Vorwürfe muß sich der luxemburgische Staat in Sachen kommunales Wahlrecht anhören. Was für eine Verschwendung von Kreativität und demokratischem Potential dies darstellt, merkt man am besten am Beispiel der Stadt Luxemburg, wo die Ausländer fast 50% der Einwohner stellen. In Luxemburg gehen nur noch 36% der Einwohner zur Wahl, während der Landesdurchschnitt bei 60% liegt. Hier kann man fast von einer Kuwaitisierung der Politik reden. Der Begriff der Demokratie, wie ihn das 20. Jahrhundert mit dem allgemeinen Wahlrecht prägte, ist hier jedenfalls nicht mehr eingelöst.

Ein anderes Merkmal der Demokratien ist das Bestehen von Gegenmächten, wovon die Presse als Ort der öffentlichen Meinungsbildung wohl eine der wichtigsten ist. Unser Staat ist Schauplatz einer Medien-



Fred Marcus

Fred Marcus, 1980

Ein solch defizientes Status quo, in dem die Wirtschaft zum rechtlichen Niemandsland wird, weil der Rechtsstaat als Kontrollinstanz mit dem Wachstum nicht mehr Schritt halten kann, läßt sich auf die Dauer nicht subventionieren und verschweigen.

politik geworden, die alles mögliche technisch und finanziell begünstigt, nur nicht das Aufkommen einer Tagespresse im geschriebenen und vor allem audiovisuellen Bereich, die als Gegenmacht und nicht als Partei, Jasager- oder Nichts-Neues-Wie-Gestern-Sprachrohr funktioniert, und zum Aufkommen einer problembezogenen und sich sachlich artikulierenden öffentlichen Meinung beitragen könnte.

Wo es keine solche Gegenmacht gibt, häufen sich die Zeichen der Zerrüttung im Staatsapparat und den Institutionen, zumal wenn die hohen Staatsdiener merken, daß der Impakt des Staates als rechtliche Kontrollinstanz zurückgeht, d.h. der Staat schwächer wird. Da die Minister dies durch ihr mangelndes Problembewußtsein geschehen lassen, wachsen die Chancen der hohen Beamten, im Netzwerk des unkontrollierten Wachstums mitzumischen, wachstumsfördernd und nicht regulierend, versteht sich. Die Operationen mit staatseigenen Immobilien auf dem Kirchberg zeigen, wie unter der dynamischen Leitung eines hohen Beamten der Staat eifrig die Bodenspekulation mit anheizt, auch wenn er das Gegenteil vorgibt, und gar Privatinteressen an der absoluten Grenze des geltenden Rechts entgegenkommt. Ein Minister bekam es einmal mit der Angst zu tun, und ließ seinen Beamten, mit dem er Jahre hindurch ein Duo geformt hatte, die Rechnung für seine Nachlässigkeiten zahlen. Die "Mondorfer Affäre" kostete ihm doch politisch den Kopf. Das schlecht informierte Parlament seinerseits spannt sich immer erst in eine politische Debatte ein, wenn die Uhren fünf vor und noch öfter fünf nach zwölf stehen. Der Eifer eines Abgeordneten läßt sich am besten mit den Chancen messen, die er hat, einmal Minister zu werden. Die haben die wenigsten. Sie machen ein fleißiges Parlament nicht wett.

Ginge es nach den Entscheidungsträgern, so müßte die Wirtschaft exponentiell wachsen, die Kultur, die Gesellschaft und die Politik aber müßten eingefroren werden. Ein solch defizientes Status quo, in dem die Wirtschaft zum rechtlichen Niemandsland wird, weil der Rechtsstaat als Kontrollinstanz mit dem Wachstum nicht mehr Schritt halten kann, läßt sich auf die Dauer nicht subventionieren und verschweigen. Daran wird nicht einmal das Fehlen meinungsbildender Medien etwas ändern.

Die Parteien kränkeln

Den Parteien ist vorläufig noch nicht jene Kehrtwende gelungen, die Politik und gesellschaftliche Realität näherbringen könnte. Sie haben bei den Kammerwahlen Federn gelassen, und die internen Reibereien haben auch zugenommen. Nachwuchsschwierigkeiten haben sie alle, und das Desinteresse der Bürger für die Scharmützel, die sie sich liefern, wächst.

Die CSV hat auf den absoluten Stillstand gesetzt. Das krisengeschüttelte Bauernmilieu aber wollte nichts mehr von Konsolidierung und Kontinuität hören. Es ist nicht mehr allein die Domäne der CSV. Dasselbe gilt für den Mittelstand, in dem sich die Deklassierungsgefühle breitmachen. Damit hat die CSV aufgehört, ein Beschwichtigungsfaktor zu sein, denn die

Hegemonie in den sozialen Schichten zwischen Management und Arbeiterschaft ist ihr entglitten. Sie wandelt sich von der Volkspartei zur Christlichen Partei, mit einem immer ausgeprägteren Willen, über die Beherrschung der Presse und des staatlichen Kulturapparates sowie über eine puritanische Familienpolitik jenen Einfluß auf das private Netzwerk der Bürger wiederzugewinnen, den die Kirche verloren hat. Diese Strategie ist bei dem desolaten Zustand der öffentlichen politischen Diskussion durchaus ernst zu nehmen.

Die DP mit ihrem ultraliberalen Kurs hat sich selbst ins partnerlose Abseits manövriert. Dabei ist sie, und das gilt hier nicht als polemischer Vorwurf, die Partei mit den besten Kontakten zum Patronat. Das könnte ihr in der aktuellen Lage, wo neue Strukturen der Sozialpartnerschaft aufgebaut werden müssen, eine Schlüsselrolle zukommen lassen, hätte sie zur Zeit nicht diesen äußerst kurzsichtigen Begriff dessen, was den Betrieben nützt oder schadet. Die Leier der Steuervergünstigungen ist surrealistisch in einem Land, wo auch vor der Steuerreform die Lohnkosten trotz der hohen ausbezahlten Löhne mit die niedrigsten in Europa sind. Eine Vermittlerrolle im Zustandekommen eines neuen sozialen Pakts sollte die DP besser nicht verspielen.

Auch die LSAP hat ihre Schwierigkeiten. Seit sie zu einer Regierungspartei geworden ist, die zum ersten Mal ohne Unterbrechung eine 2. Regierungskoalition eingeht, wird es sich nicht vermeiden lassen, daß sie auch nach außen Abschied nimmt vom Mythos, mit dem Vertretungsanspruch für die Arbeiterschaft allein ließe sich Staat machen, und auch von der Vorstellung, der Sozialismus sei ein anstrebenswertes Ziel. Im Innern der Partei hat die gesellschaftliche Realität die Aufgabe dieser Referenzen schon längst erzwungen, aber sie sind noch nicht durch neue Referenzen in Form einer zeitgemäßen und identitäts-trächtigen Programmatik ersetzt worden. Als vultaristische Partei, d.h. als Partei, die das regulative Moment des sozialen Ausgleichs zum Ziel ihrer Politik im Staate gemacht hat, ist die LSAP mehr denn andere Parteien von einer kohärenten programmatischen Aussage abhängig. Es wird nicht leicht sein, Tradition und Erneuerung im neuen Programm zu verbinden. Die Verhinderung der Armut, die soziale Gerechtigkeit, die Demokratie in den Betrieben, die ökologische Ausrichtung wirtschaftlicher Niederlassungen, die Verwirklichung des demokratischen Staates als offenere Bürgergemeinschaft sind Leitlinien, die, wenn sie den sozialistischen Entscheidungsträgern mehr wert wären als die Tinte auf dem Papier, eine innere und äußere Erneuerung bewirken könnten.

Setzen sich aber die aktuellen Tendenzen in den drei großen Parteien fort, dann wird es immer schwerer vorstellbar, wie diese Parteien in Zukunft genügend Personal in ihren Reihen aufbringen und in den Reihen der hohen Beamtenschaft motivieren können, um die komplexen Probleme des Landes zu bewältigen. Keine der drei großen Parteien ist in der Lage oder hat den Mut dazu, der veränderten gesellschaftlichen Lage ins Auge zu sehen und offen darüber zu

sprechen.

Unser Staat ist ohne Kompaß

Dabei liegt es auf der Hand, daß nichts mehr so sein wird wie früher. Der soziale Dialog muß personal auf die neuen sozialen Schichten, die aus dem wirtschaftlichen Umbruch hervorgegangen sind, und inhaltlich auf die Fragen der Landesplanung, der Raumnutzung und der interregionalen Zusammenarbeit erweitert werden. Ein neues Netzwerk des Vertrauens unter dem Zeichen der Grundregel, daß niemand im Rahmen einer wirtschaftlichen Entwicklung ins gesellschaftliche Abseits gedrückt werden soll, muß aufgebaut werden. Im Rahmen der Verhandlungen über einen zeitgemäßen sozialen Vertrag können die Parteien zu einem veränderten Selbstverständnis

finden, wenn sie als Akteure und Vermittler in ihrer spezifischen Rolle den Rechtsstaat stärken, den Staat als Bürgergemeinschaft auf neue soziale Schichten ausdehnen und somit dem augenblicklichen Entstehen von rechtsfreien Räumen und den damit zusammenhängenden Entrechtungen und Zersetzungserscheinungen der Demokratie entgegenwirken.

Damit ist vielleicht viel verlangt. Aber es ist besser, in diesem freien Blatt, in dem sich eine Spur öffentlicher Meinungsbildung erhalten konnte, viel zu verlangen, als später noch viel mehr auf politische und gesellschaftliche Rechnungen zahlen zu müssen, die nicht aufgehen konnten.

Victor Weitzel
3.10.1990